

Mehr Zeit und auch mehr Geld

Auf ihrer mehrtätigen Wahlkampftour durch den Wahlkreis Nienburg/Schaumburg hat Katja Keul, Bundestagskandidatin von Bündnis 90/Die Grünen, mit ihrem grün lackierten Fahrrad Station in Obernkirchen gemacht. In einer Eisdiele am Marktplatz unterhielt sie sich mit zwei Kindergarten-Leiterinnen über die Sorgen und Nöte von Erzieherinnen. Das Kontrastprogramm bot sich ihr danach im Alten- und Pflegeheim Sonnenhof, wo es um die Probleme der Pflegebranche ging.

Obernkirchen. Viele Kinder würden von deren Eltern zu wenig gefördert, beklagte Maren Witte, die Leiterin des Kindergartens Kleistring. So gebe es in den Kindergärten unter anderem eine wachsende Zahl deutscher Kinder, die erhebliche Defizite in der Sprachentwicklung aufweisen. Manche Dreijährigen seien von der Entwicklung her gar auf dem Stand eines Eineinhalbjährigen. Zusätzlich zu dem damit verbundenen höheren Betreuungsaufwand seitens der Erzieherinnen steige der Anteil der zu leistenden Beratungsgespräche, die von Eltern mittlerweile „in jeder Lebenslage“ in Anspruch genommen würden. „Es ist wichtig, dass Kinder von sich aus lernen“, ergänzte Nadine Obst, die Leiterin des Krainhäger Kindergartens. Deswegen genüge es nicht, ihnen seitens der Erzieherinnen lediglich eine gewisse „Animation“ zu bieten. Vielmehr müsse man sich intensiver mit den Kindern befassen und schauen, wo deren Interessen und Stärken liegen, um die frühkindliche Bildung gezielt zu unterstützen. Die „Ressourcen“ in den Kindergärten seien für all diese Aufgaben jedoch nicht ausreichend bemessen, stellte Witte fest, und forderte mehr Verfügungszeiten sowie mehr Zeit zur Vor- und Nachbearbeitung und für die Elternarbeit. Außerdem müsse die Arbeit der Erzieherinnen „tarifgerecht“ bezahlt werden, wobei auch das Tarifgehalt selbst zu gering bemessen sei. In kleinen Gruppen könne man zudem besser auf die Kindergartenkinder eingehen, sah Obst weiteren Änderungsbedarf. Auch gebe es zu wenig Fortbildungen, um etwa der wachsenden Nachfrage der Eltern nach Beratungen gerecht zu werden. Im Übrigen seien die bis maximal 17 Uhr dauernde Kinderbetreuungszeiten für etwa im Schichtdienst oder Einzelhandel arbeitende Eltern viel zu kurz gewählt. „Jede Förderung“, die man den in ihrer Entwicklung verzögerten Kindern zukommen lasse, sei letztlich günstiger als jene Kosten, die die Gesellschaft bei einem entsprechenden Versäumnis später zu tragen habe, betonte Keul. Die Finanzierung der Bildung sei dabei eine „gesamtstaatliche Aufgabe“. Dass die Kinderbetreuungszeiten laut Witte von 7.15 Uhr bis längstens 17 Uhr reichten, bezeichnete die Politikerin indes als ein schon „sehr gutes Angebot“. Um die Frage „Was ist uns die Pflege alter Menschen wert“ ging es laut Keul dagegen bei ihrem Besuch im Sonnenhof. Im Gespräch mit dessen Leiter, Werner Hobein, und einem Vertreter der Diakonie sei gefordert worden, dass die Politik Mindestlöhne für die Pflegebranche festlegen müsse, um eine Wettbewerbsgerechtigkeit gegenüber privat geführten Heimen zu erreichen, berichtete die Politikerin später. Außerdem habe sie erfahren, dass die Diakonie nur einen Teil der Ausbildungskosten von der Pflegekasse refinanziert bekomme und deshalb pro Ausbildungsplatz auf rund 7000 bis 8000 Euro sitzen bleibe. Die auf Rendite ausgerichteten privaten Heime würden kaum Nachwuchs ausbilden und den Pflegekräften mitunter nur Stundenlöhne von sechs bis sieben Euro zahlen. Ein weiterer Wunsch habe sich schließlich auf die Festsetzung von Standards bezogen, anhand der die Qualität eines Pflegeheimes zukünftig schon von außen abgelesen werden könne. Für sie seien diese Forderungen „nachvollziehbar“, zumal da die Festlegung von Mindestlöhnen ohnehin eine Position der Grünen sei, so Keul. wk